

Schulden machen bis zum Anschlag

Rechnungshof kritisiert Landesregierung

Kiel. Der Landesrechnungshof (LRH) hat den Gehaltsnachschlag für die Beamten abgesegnet. „Wir haben immer dafür geworben, nicht am Personal zu sparen“, sagte LRH-Vizepräsident Aike Dopp. Um so nötiger sei es, mehr Stellen als geplant abzubauen, insbesondere in Schulen und bei der Polizei. Insgesamt stellte Dopp der Regierung ein schlechtes Zeugnis aus.

Von Ulf B. Christen

„Die Koalition hat einen finanzpolitischen Kurswechsel vorgenommen“, sagte Dopp bei der Vorlage des LRH-Jahresberichts. SPD, Grüne und SSW hätten „wichtige Einsparserfolge“ kassiert. Als Beispiel nannte er die Aufstockung des von CDU und FDP gekürzten Landesblindengeldes. „Das Land muss überlegen, ob es diese freiwillige Leistung nicht ganz aufgibt.“

Die Koalition habe weitere Mehrausgaben beschlossen, ohne sie an anderer Stelle gegenzufinanzieren, sagte Dopp. Folge: Die große Chance, 2012 mehr einzunehmen als auszugeben und damit erstmals seit gut 40 Jahren einen Haushaltsüberschuss zu erwirtschaften, wurde vertan. Das Land nehme „Kredite bis zur zulässigen Höchstgrenze“ auf und treffe nicht die nötige Vorsorge für Risiken wie einen Zinsanstieg. „Es gibt keinen ausreichenden Puffer.“

Seinen Frust über die Finanzpolitik brachte Dopp auf den Punkt. Die Koalition „verfolgt nicht das Ziel, so schnell wie möglich das strukturelle Finanzierungsdefizit abzubauen“. Es beträgt noch 630 Millionen Euro, die bis 2020 eingespart werden müssen. Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) widersprach. Der LRH stehe für ein „so schnell wie möglich“, die Regierung für ein „so verantwortlich wie nötig“. „Es nützt dem Land nichts, wenn wir mit der Schuldenbremse drei Jahre früher fertig sind und dafür dann mit maroden Hochschulbauten, zu geringer Unterrichtsversorgung und kaputten Straßen dastehen.“ Dopp beließ es nicht bei all-

gemeiner Kritik, sondern benannte konkrete Sparbereiche. Demnach könnte das Land deutlich mehr Lehrerstellen streichen, ohne dass die Unterrichtsversorgung leiden würde. LRH-Senatsmitglied Claus Asmussen nahm die Polizei ins Visier, die nach Regierungsplänen bis zu 280 Stellen (wir berichteten) verlieren soll. „Wir betrachten das als zu spät und als viel zu gering.“ Die Sparquote solle zudem mit einer Polizisten-Lücke (160 Stellen) verrechnet werden, für die es keinen echten Nachweis gebe. „Die Privilegierung der Polizei wird damit fortgesetzt.“

Der LRH deckte in seinem Jahresbericht auch Fälle von Geldverschwendung auf, darunter einen besonders dreisten. Ein früherer Geschäftsführer des Landes-Universitätsrats soll einen Tagungszuschuss in einer „schwarzen Kasse“ geparkt und teils für Kleidung und Kunst ausgegeben haben. Auch ein Bußgeld, gut 140 Euro für ein Verkehrsdelikt im Kreis Plön, soll er so beglichen haben.

Der Schaden beläuft sich laut LRH auf gut 5000 Euro. Die Staatsanwaltschaft Kiel bestätigte die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens. Vorgeworfen wird dem Ex-Geschäftsführer Untreue, weil er öffentliche Gelder privat genutzt haben soll.

Als Beispiel für den sorglosen Umgang mit Landesvermögen nannte Dopp die Uni Kiel. Sie ließ ein seit 2004 ungenutztes „Forschungsflugzeug“ (25 000 Euro) auf einem Parkplatz verrotten. Der Ultra-Leichtflieger wird laut Uni derzeit in der Technischen Fakultät überholt und soll versteigert werden.